

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1447/2011
Amt/Aktenzeichen Dezernat I/	Datum 15.08.2011	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ausschuss für Frauenfragen	Entscheidung	06.09.2011	Ö

Betreff:

Landeskampagne »Frauen machen Kommunen stark«
Weiterführung der Kampagne zur Erhöhung des Frauenanteils in den rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten

Mainz,

Beigeordneter

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Frauenfragen begrüßt die Weiterführung der Landeskampagne »Frauen machen Kommunen stark« und befürwortet eine erneute Beteiligung der Landeshauptstadt Mainz an Maßnahmen und Projekten. Die Mitglieder des Ausschusses wirken bei der Umsetzung von Projektideen mit.

Problembeschreibung / Begründung:

1. Sachverhalt

2008 starteten das damalige rheinland-pfälzische Frauenministerium und zahlreiche (Frauen-) Verbände mit Blick auf die Kommunalwahl 2009 die Kampagne »Frauen machen Kommunen stark«. Bereits im April 2008 sprach sich der Ausschuss für Frauenfragen des Mainzer Stadtrates für eine Mitwirkung der Stadt an diesem Projekt aus. Darüber hinaus ist im Gleichstellungsaktionsplan der Landeshauptstadt Mainz das Ziel formuliert, die Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik zu erhöhen.

Die an der Landeskampagne beteiligten Organisationen haben sich nun darauf verständigt, die Kampagne fortzusetzen und zudem stärker zu regionalisieren. So wurde zwischenzeitlich modellhaft in der Westpfalz ein regionales Mentoring-Projekt durchgeführt, das auf andere rheinland-pfälzische Gebiete übertragen werden soll. Ziel ist die qualitative und quantitative Weiterentwicklung der Landeskampagne.

2. Lösung

Der Ausschuss für Frauenfragen spricht sich für eine erneute Beteiligung der Landeshauptstadt Mainz an der Kampagne aus und wirkt mit an der Umsetzung. Das Frauenbüro prüft die Chancen einer regionalen Zusammenarbeit bei der Ausgestaltung eines rheinhessenweiten Mentoring-Projektes. Das Frauenbüro führt die Treffen »Frauenpolitik trifft Frauen aus der Politik« fort.

3. Alternative

keine Beteiligung an der Landeskampagne

4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

Abbau von Unterrepräsentanz in den kommunalpolitischen Gremien.

Finanzielle Auswirkungen:

ja, Stellungnahme des Amtes 20 (Anlage 1)

nein, zum jetzigen Zeitpunkt keine